

Herr Gleß erläuterte zunächst noch einmal die Sitzungsvorlage.

Anschließend stellte Herr Reuter vom Büro für Natur- und Umweltschutz (BNU) die Ergebnisse der energetischen Gebäudeuntersuchung der städtischen Liegenschaften anhand eines Powerpointvortrages vor.

Protokollnotiz:

Die Folien des Vortrages sind der Niederschrift in ausgedruckter Form beigelegt.

Herr Quast bedankte sich zunächst namens der SPD-Fraktion für den Vortrag. Aus dieser Perspektive habe man bislang die städtischen Gebäude und deren Fortentwicklung noch nicht betrachtet. Diese sei mindestens ebenso wichtig wie die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes.

Frau Feld-Wielpütz bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls für den Vortrag. Sie stelle fest, dass gegen die mangelnde Isolierung von Heizrohren sicherlich relativ kurzfristig Abhilfe geschaffen werden könne. Ferner müsse man sich Gedanken darüber machen, wie das Nutzerverhalten zu optimieren sei.

Generell sei die Intention des BNU, auf diese Weise aktiv etwas für den Umweltschutz zu tun, natürlich zu begrüßen.

Hinsichtlich des durchschnittlichen Alters der Heizungsanlagen merkte sie an, dass angesichts von 20 Jahren seitens des Gebäudemanagements schon bald die entsprechenden Rückstellungen gebildet werden müssten.

Frau Jung von der FDP-Fraktion bedankte sich ebenfalls für den Vortrag. Sie gehe davon aus, dass im Zuge der weiteren Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes der Zustand der Gebäude in Relation zur Sinnhaftigkeit von Maßnahmen gesetzt würde.

Beispielhaft merke sie an, dass in der Dunkelkammer des Rathauses trotz eingeschalteter Klimaanlage bisweilen unerträgliche Temperaturen herrschten. Dies sei energetisch nicht gerade sinnvoll. Hieran könne auch das Nutzerverhalten nichts ändern, was sehr schade sei. Vielmehr seien offensichtlich technische Unzulänglichkeiten ursächlich. Dies kenne sie auch aus anderen städtischen Gebäuden, wie zum Beispiel Schulen. Sie bitte darum, dieses Problem einmal anzugehen.

Herr Günther bedankte sich gleichfalls für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den guten Vortrag. Er begrüße es außerordentlich, dass man hier in die von seiner Fraktion vorgeschlagene richtige Richtung gehe.

Er stellte die Frage, wo die entsprechenden Informationen digital zur Verfügung stünden. Weiterhin interessiere ihn, wie die Verwaltung gedenke, das Nutzerverhalten sowohl in personeller als auch in materieller Hinsicht zu optimieren.

Herr Hatz von der Fraktion DIE LINKE bedankte sich für die ausführliche Bestandaufnahme. Er fragte, ob in diesem Zusammenhang auch Thermografieaufnahmen von den Außenhüllen der Gebäude erstellt worden seien bzw. ob dies noch Bestandteil der weiteren Untersuchungen sein werde.

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH! bedankte sich ebenfalls für die Ausführungen. Er halte das Nutzerverhalten auch für einen entscheidenden Punkt, was

sich im Falle von Schulen und Kindergärten jedoch durchaus als schwierig erweisen könnte, da man hier möglicherweise in pädagogische Kompetenzen und Konzepte eingreife.

Weiterhin merkte er an, dass Privatpersonen bei einer beauftragten energetischen Gebäudeuntersuchung Empfehlungen an die Hand bekämen, welche Maßnahmen minimal und welche optimal durchgeführt werden sollten. Er fragte, ob dies auch hier vorgesehen sei. Hierzu interessiere ihn auch, ob hinsichtlich der größten Ertragswirksamkeit eine Priorisierung vorgenommen werde.

Herr Gleß sagte, dass man bei einer ganzheitlichen Betrachtung der Gebäude sicherlich auf einem guten Weg sei. Auch bei der Neuerrichtung von städtischen Gebäuden käme es darauf an, diese zukunftsfähig zu bauen und zu gestalten, um so allen Ansprüchen der heutigen Zeit gerecht werden zu können. Nicht umsonst sei auch im Projektprioritätenplan, welcher immer wieder dem Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss vorgelegt werde, der Aspekt des Klimaschutzes berücksichtigt. Die energetische Untersuchung sei da ein ganz wichtiger Baustein.

Er sehe bei der Betrachtung vier Bereiche, an denen man sich orientieren müsse wenn es darum gehe, Prioritäten zu setzen. Zum einen gebe es den Neubau von Gebäuden, wo es gegebenenfalls darauf ankomme, eine Vorreiterrolle hinsichtlich alternativer Energien zu übernehmen. Ein zweiter Bereich sei der der Umplanungen, bei welchem der Bestand entsprechend klimatechnisch ertüchtigt werden müsse. Im dritten Bereich gehe es um Korrekturen im Bestand, wie zum Beispiel das Nachbessern bei fehlenden Isolierungen an Leitungen. Dies könne sicherlich ohne Erstellung einer Priorisierung schnell erledigt werden. Der letzte Bereich umfasse das Nutzerverhalten. Hier die Sinne zu schärfen erfordere Kommunikation und Entscheidungsbereitschaft mit Augenmaß, insbesondere bei älteren Gebäuden, bei denen bereits kleinere bauliche Mängel ein energetisch vernünftiges Verhalten erschwerten. In der Vergangenheit habe es allerdings bereits solche Gespräche mit den Schulen gegeben. Es brauche eine ganzheitliche Initiative, welche interdisziplinär aufgestellt sei.

Man verstehe sich als „Klimaschutzkommune“, welche bereits heute beim Neubau von städtischen Gebäuden eine Vorreiterrolle übernehmen wolle. Dies schließe auch beispielsweise Klimaschutzprojekte in den weiterführenden Schulen ein.

Herr Kasper sagte, dass man nun erstmal den Überblick über den Zustand der Gebäude habe. Dies schließe auch jeweils die kleinen technischen Mängel sowie die Nutzerverhalten mit ein. Herr Reuter sei auch für die Beratung zuständig. Dies beinhalte sowohl die Beratung zur Technik vor Ort als auch die Initiierung von Anreizmodellen zur Energieeinsparung. Letzteres scheitere bisweilen an der Motivation der Schulleitungen. Hierzu müssten also in einem nächsten Schritt noch entsprechende Konzepte entwickelt werden.

Hinsichtlich der erfassten Daten sagte er, dass die im Zuge der in 2009 durchgeführten Energiekontrolluntersuchung erfassten Daten bisher Grundlage für Planungen gewesen seien. Diese würden nun ersetzt durch die wesentlich detailschärferen und aussagekräftigeren neuen Datensätze. Diese spielten auch eine wesentliche Rolle bei den Maßnahmenplanungen des Gebäudemanagements.

Hinsichtlich der Priorisierung von Maßnahmen sagte er, dass diese im Integrierten Klimaschutzkonzept Einzug halten werden. Kurzfristig investive Maßnahmen würden schnell begonnen werden, nicht zuletzt auch weil hier sehr kurzfristig Erfolge zu

erwarten seien. Zuständigkeitshalber seien hierfür durch den BNU als federführende Dienststelle auch Mittel in den laufenden Haushalt eingestellt worden, sodass bereits dieses Jahr damit begonnen werde.

Weiterhin führte er aus, dass die Daten in Form von Gebäudeakten digital zur Verfügung stehen. Auf diese Daten könne die gesamte Verwaltung zugreifen. Auf der städtischen Homepage stünden diese jedoch nicht zur Verfügung. Dies könne jedoch mit Bereitstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes erfolgen.

Bezüglich der Wärmeabstrahlung der einzelnen Gebäude sagte er, dass hierzu individuelle Berechnungen vorgenommen worden seien. Diese würden Entscheidungsgrundlage sein, wenn es um Gebäudeerweiterungen, –umbauten oder –sanierungen gehe.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte, er glaube nicht, dass die Stadt auf dem Weg zu einer „Klimaschutzkommune“ sei. Konzeptionell sei man sicherlich gut aufgestellt, auch mit dem ersten Fahrplan für Umwelt- und Klimaschutz und dem Energiekontrollgutachten. Das Problem liege jedoch darin, das konzeptionelle Bekenntnis in das praktische Handeln unter den gegebenen Restriktionen umzusetzen. Entscheidend sei somit, was daraus gemacht werde, dass das Thema „Klimaschutz“ also Bestandteil des gesamten Verwaltungshandelns werde.

Herr Dziendziol von der CDU-Fraktion sagte, dass Herr Reuter von einem Energieeinsparungspotenzial allein durch ein geändertes Nutzerverhalten von ca. 7,5% gesprochen habe. Dies hätte seines Erachtens auch beträchtliche Auswirkungen auf den städtischen Haushalt was die Aufwendungen für die Bewirtschaftung der städtischen Gebäude angehe.

Herr Köhler fragte, ob die Stadtverwaltung Einfluss darauf habe, dass das neue Verwaltungsgebäude energetisch optimal gestaltet werde, auch im Hinblick auf die Nebenkosten.

Herr Gleß antwortete, dass die Stadt darauf Einfluss habe. Dies beziehe sich auch auf die Art der Energieversorgung. So sei geplant, das Gebäude an die Fernwärmeversorgung im Zentrum West anzuschließen.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.